

**Rubrikanzeigen**

Stellen  
Veranstaltungen  
Immobilien

ab Seite 10  
ab Seite 21  
ab Seite 26

**Stadtentwicklung** Das Migros-Areal in Neuhausen soll überbaut werden. Jetzt liegt ein konkreter Vorschlag auf dem Tisch.  
**Region Seite 18**

**Wechsel Nathalie Christen**, einst bei Radio Munot, verlässt die Sendung «Rendez-vous» und wird «Arena»-Produzentin.  
**Medien Seite 14**



# Schaffhauser Nachrichten

SEIT 1861

**Region**

## Wenn Straftäter spazieren gehen

**RHEINAU** Derzeit sind in der forensisch-psychiatrischen Klinik Rheinau 79 Straftäter untergebracht, darunter Sexual- und Gewaltverbrecher. 27 Häftlinge werden als besonders gefährlich eingestuft. Welche Sicherheitsvorkehrungen es gibt und unter welchen Umständen ein Häftling Freigang erhält, erklärt die Spitalleitung.  
**Seite 17**

**Inland**

## Hochrheinbahn ist auf gutem Weg

**BERN** Ein von Thomas Hurter (SVP/SH) eingereichtes Postulat wurde gestern im Nationalrat problemlos bestätigt. Die Verhandlungen über das Geschäft «Elektrifizierung und Angebotsverbesserungen der Hochrheinbahn» dauerten nur wenige Minuten. Nächste Woche verhandelt der Ständerat.  
**Seite 5**

**Sport**

## Bayern mühelos, Real siegt mit 5:0

**MÜNCHEN/ISTANBUL** Titelverteidiger Bayern München startete mit einem problemlosen Sieg in die Champions League. Der deutsche Meister setzte sich gegen ZSKA Moskau mit 3:0 durch. Bayerns David Alaba hatte nach vier Minuten das erste Tor in der diesjährigen Gruppenphase erzielt.  
**Seite 27**

**Gsaat isch gsaat**

«Da reichen zehn Leserbrief, und das Projekt ist vom Tisch»

**Walter Hotz**  
Grossstadtrat, über die Schulhaus-Breite-Erweiterung

ANZEIGE

warum eigentlich nicht

**Klettern & Badminton**  
\* Kletterkurs für Einsteiger  
Start 1.10.2013

**ARANEIA**  
Schaffhausen, www.aranea.ch, 052 620 12 90

# Rote Zahlen und eine Steuererhöhung

**Die Regierung** hat gestern das Budget 2014 für den Kanton Schaffhausen vorgestellt. Der Steuerfuss soll um 6 Prozent erhöht werden.

VON **ERWIN KÜNZI**

**SCHAFFHAUSEN** Die Mienen waren ernst, als gestern Vormittag der Gesamteregierungsrat den Medien das Budget 2014 für den Staatshaushalt vorstellte. Dass die Zahlen rot sein würden, war

seit dem Auftritt der Regierung vor zwei Wochen klar. Damals kündigte sie eine Leistungs- und Effizienzanalyse an, um zusätzliches Sparpotenzial beim Kanton zu ermitteln. Gleichzeitig gab sie bekannt, dass sie für 2014 zusammen mit dem Budget eine Steuererhöhung von 6 Prozent beantragen werde.

**Steigende Ausgaben**

Die Eckwerte dieses Budgets liegen jetzt vor. Der Voranschlag weist trotz der Steuererhöhung bei der laufenden Rechnung ein Defizit von 33,5 Millionen Franken auf. Dieses ist einerseits auf einbrechende Einnahmen und gerin-

gere Steuererträge sowie andererseits auf steigende Ausgaben vor allem in den Bereichen Soziale Wohlfahrt und Gesundheit zurückzuführen. «Wir müssen diese Ausgaben hinterfragen», meinte dazu Regierungspräsidentin und Finanzdirektorin Rosmarie Widmer Gysel. «Wir müssen Anpassungen bei den Ergänzungsleistungen vornehmen, und wenn dies nicht genügt, weitere Abstriche machen, damit wir auch Geld für andere Aufgaben zur Verfügung haben.»

Auf die Frage, was passiere, wenn der Kantonsrat eine Steuererhöhung ablehne, erklärte Widmer Gysel: «Der

Kantonsrat steht jetzt in der Verantwortung. Lehnt er die Steuererhöhung ab, beträgt das Defizit in der laufenden Rechnung für 2014 48,5 Millionen Franken.» Ohne Steuererhöhung würde die Nettoverschuldung des Kantons bis 2017 auf rund 173 Millionen Franken ansteigen, und das Eigenkapital von aktuell 134 Millionen Franken wäre bis 2017 aufgebraucht.

Der Kantonsrat wird am kommenden Montag den Kredit für die Leistungs- und Effizienzanalyse beraten, bevor er sich im November mit dem Budget 2014 beschäftigt.  
Weitere Berichte auf **Seite 17**

## Bluttat in Österreich Fahndung nach einem Wilderer endet tödlich



**Bei einer Verfolgungsjagd** in Österreich hat ein mutmasslicher Wilderer um sich geschossen und offenbar vier Menschen getötet. Polizeieinheiten und gepanzerte Fahrzeuge belagerten gestern Nachmittag das Haus des 55-Jährigen in Grosspriel in Niederösterreich. Nach Angaben des Innenministeriums kam es in der Gegend immer wieder zu schweren Fällen von bru-

taler Wilderei. Eine Spezialeinheit der Polizei sollte den Tierquäler fassen. Mit einer Polizeisperre mit mehreren Streifenwagen sollte der mutmassliche Täter in der Nacht zu gestern in einem Wald bei Annaberg gestellt werden. Bei der Kontrolle seines Wagens hatte der Mann das Feuer eröffnet.  
Bild Key  
Bericht auf **Seite 16**

**Syrien**

## UNO-Bericht sorgt für neuen Streit wegen Giftgas

**MOSKAU/NEW YORK** Nach der Veröffentlichung des UNO-Berichts über den Giftgaseinsatz in Syrien entzweit die Schuldfrage weiterhin Russland und den Westen. Der Bericht beweise allein die Tatsache, dass Chemiewaffen benutzt worden seien, sagte der russische Aussenminister Sergej Lawrow gestern nach einem Treffen mit seinem französischen Amtskollegen Laurent Fabius in Moskau. Fabius machte wie zuvor die US-Regierung das Regime des syrischen Präsidenten Baschar al Assad für den Einsatz des Nervengifts Sarin sowie für die mehr als 1400 Toten verantwortlich.

Das Regime und die Rebellen werfen sich gegenseitig vor, für den Angriff mit den international geächteten Chemiewaffen verantwortlich zu sein. UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon hatte den Angriff als Kriegsverbrechen bewertet. Das Mandat der UNO-Inspektoren erlaubte nicht, die Schuldfrage zu klären. (dpa)  
Mehr auf **Seite 3**

## Im Weinland bleibt das Grundwasser tabu

**Eine Verladestation** für Atom-müll im Grundwasserschutzbereich kommt in der Region Zürich-Nordost nicht infrage.

**FEUERTHALEN** Gemäss einer am Montag vorgestellten Studie der Nagra sind Oberflächenanlagen für die Verpackung radioaktiver Abfälle auch in Grundwasserschutzzonen möglich (SN von gestern). Die Regionalkonferenz Zürich-Nordost hat derartige Standorte jedoch ausgeschlossen – und will auch dabei bleiben. Im Weinland geniesse der Grundwasserschutz nach wie vor höchste Priorität, sagt Jürg Grau, Präsident der Regionalkonferenz, in einem

Interview mit den «Schaffhauser Nachrichten». Grau verteidigt auch die Haltung der regionalen Fachgruppe Oberflächenanlage, wonach sich das Weinland überhaupt nicht für den Bau einer Verladestation eignet: «Wir dürfen diese Meinung haben.» Entschieden wird darüber an der Vollversammlung vom 16. November.

Skeptisch steht der Zürich-Nordost-Präsident einem Vetorecht für die Standortkantone eines Tiefenlagers gegenüber. Der Nationalrat hatte am Montag eine entsprechende Standesinitiative aus Nidwalden mit 111 zu 68 Stimmen überraschend gutgeheissen. Der Ständerat war bisher dagegen. (la)  
Weiterer Bericht auf **Seite 25**

## Erweiterung des Schulhauses Breite dreht Extrarunde

**Zurück an die Kommission** hat der Grosse Stadtrat die Schulhausenerweiterung gewiesen: Zwei billigere Varianten sollen ausgearbeitet werden.

**SCHAFFHAUSEN** Nach fast dreistündiger Debatte hat der Grosse Stadtrat gestern mit 14 gegen 9 Stimmen beschlossen, die Vorlage zur Erweiterung des Schulhauses Breite an die Baufachkommission zurückzuweisen. Dort sollen nebst der vorliegenden Variante für 13,6 Millionen Franken zusätzlich eine Minivariante für 4 Millionen und eine Midivariante für rund 9 Millionen Franken ausgearbeitet werden. Damit setzte sich ein Vorschlag

aus dem bürgerlichen Lager durch. Dem vorausgegangen war eine zähe Diskussion: Die Linke warf der FDP vor, ihre Anliegen nicht in die Kommissionsarbeit eingebracht zu haben, die FDP ihrerseits wies dies zurück und verwies auf die hohen Kosten, welche das Projekt in der Volksabstimmung zu Fall brächten. Ganz ähnlich sah es die SVP. Diese bürgerliche Einigkeit liess auch auf der linken Seite Kompromissbereitschaft aufkommen: Nach einer Beratungspause präsentierten beide Seiten ihre Kompromisse. Klar ist bereits: Die ursprünglich auf den 24. November angesetzte Volksabstimmung ist auf unbestimmte Zeit verschoben. (rob)  
Weiterer Bericht auf **Seite 20**



3 0038  
9 771420 60002

**175 Jahre Kirchenschiff** In Merishausen begannen die Jubiläumsfeierlichkeiten mit einem Infoabend. **Klettgau/Reiat Seite 22**

**Erfolg** Das stars symposium ging gestern zu Ende. Und die Organisatoren sind äusserst zufrieden. **stars in Stein am Rhein Seite 24**

# Trotz roter Zahlen ein «valables» Budget

**Das Budget 2014** für den Kanton Schaffhausen weist in der laufenden Rechnung ein Defizit von 33,5 Millionen Franken auf. Dieses wäre noch höher, wäre nicht eine Steuererhöhung von 6 Prozent eingeplant.

VON ERWIN KÜNZI

Was Regierungspräsidentin Rosmarie Widmer Gysel vor zwei Wochen angekündigt hatte (siehe SN vom 4. September), liegt jetzt schriftlich vor: Die Regierung beantragt mit dem Budget 2014, die Steuern um 6 Prozent zu erhöhen. Auch so beträgt das Defizit in der laufenden Rechnung immer noch 33,5 Millionen Franken, das, nachdem bereits die Rechnung 2012 mit 29,9 und das Budget 2013 mit 23,6 Millionen Franken rote Zahlen aufgewiesen hatten. Die Gründe für diese negative Entwicklung der Kantonsfinanzen wurden auch an der gestrigen Medienkonferenz, bei der die Regierung in corpore anwesend war, nochmals zur Sprache gebracht: Sinkende Erträge aus der Axpo-Beteiligung und von der Schweizerischen Nationalbank, weniger Kantonsanteil aus der direkten Bundessteuer, Wechsel vom Empfänger zum Zahler im nationalen Finanzausgleich, weniger Steuern von den juristischen Personen mit Sonderstatus sowie steigende Ausgaben im Gesundheits- und Sozialbereich. Dazu kam, dass die Sparziele von ESH3 nicht alle erreicht werden konnten und die Annahme der Initiative «Für bezahlbare Krankenkassenprämien» zu einer Mehrbelastung geführt hat. Diese Mindereinnahmen und Mehrkosten führen zu einem strukturellen Defizit von jährlich wiederkehrend rund 40 Millionen Franken.

## Analyse der Ausgaben folgt

Um dieses zu bekämpfen, schlägt die Regierung einerseits mit dem Budget eine Steuererhöhung um 6 Prozent bereits für 2014 vor sowie andererseits eine Leistungs- und Effizienzanalyse, die weiteres Sparpotenzial im Kanton zutage fördern soll. Über die entsprechende Vorlage samt einem Kredit von 500 000 Franken wird der Kantonsrat am kommenden Montag befinden. Wie wird sich die geplante Steuererhöhung, die dem Kanton zusätzliche 15 Millionen in die Kassen spült, für den einzel-



Regierungspräsidentin Rosmarie Widmer Gysel stellte gestern ein «valables Übergangsbudget» für 2014 vor. Bild Selwyn Hoffmann

nen Steuerzahler auswirken? Finanzdirektorin Widmer Gysel nannte dazu gestern folgende Zahlen: 77,1 Prozent der Steuerpflichtigen haben maximal ein steuerpflichtiges Einkommen von 75 000 Franken: Das bedeutet für Verheiratete maximal 212 Franken Steuern mehr pro Jahr, für Singles maximal 315. 52 Prozent haben maximal ein steuerpflichtiges Einkommen von 50 000 Franken, gibt maximal 106 mehr für Verheiratete und 165 für Singles. Bei den 0,7 Prozent, die 250 000 Franken Einkommen haben, zahlen Verheira-

tete maximal 1307 und Singles maximal 1485 Franken mehr pro Jahr. Und von den 56 Prozent, die ein Vermögen von mehr als 100 000 Franken besitzen, zahlen drei Viertel maximal 50 Franken mehr Vermögenssteuer pro Jahr.

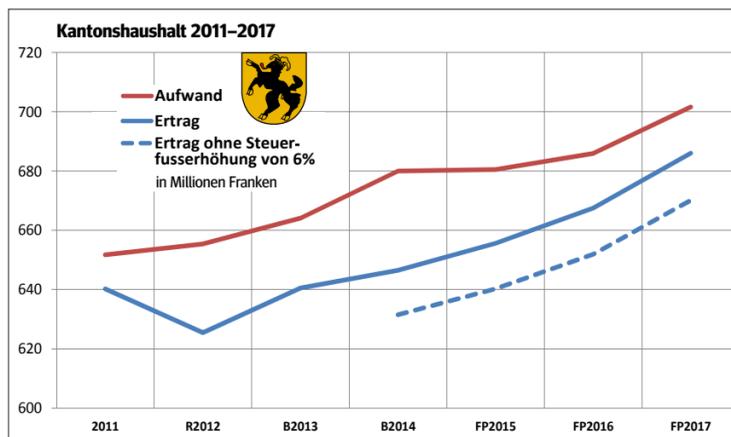
## Mehr Lohn für Personal

Und für was wird das Geld gebraucht? Rund 60 Prozent des Gesamtaufwands der laufenden Rechnung gehen in die Bereiche Soziale Wohlfahrt (21,9 Prozent), Gesundheit (14,5) und Bildung (22,0). Nimmt man den Netto-

aufwand, sind es gar 80 Prozent. Fast die Hälfte der Ausgaben, nämlich rund 312 Millionen Franken, betreffen die Personalkosten. Davon entfallen rund 170 Millionen – rund 2,6 Millionen weniger als im Budget 2013 – auf das Verwaltungspersonal, Gerichte und Justiz sowie die Lehrpersonen. 0,8 Prozent der Lohnsumme sind für individuelle Lohnanpassungen vorgesehen; ein Teuerungsausgleich ist nicht geplant. Der Rest der Personalkosten entfällt auf die Separatbetriebe, so etwa die Spitäler Schaffhausen.

## Sicherheitszentrum verschoben

Noch ein Blick auf die Investitionen, die laut dem neusten Finanzplan, der ebenfalls gestern für die Jahre 2014 bis 2017 vorgelegt wurde, heruntergefahren werden sollen. Bei den Spitälern Schaffhausen wird die Planung weitergeführt. 2014, so Widmer Gysel, soll entschieden werden, ob der Kanton Eigentümer der Spitalgemeinschaften bleibt oder ob diese und damit die Baukosten an die Spitäler Schaffhausen gehen. Wenn nicht, wird ab 2017 für die Spitalanierung eine Spezialsteuer in Höhe von 8,6 Millionen Franken pro Jahr erhoben. Beim Polizei- und Sicherheitszentrum wird die Planung zwar abgeschlossen, die Umsetzung aber auf später verschoben, ebenso wie die Verlegung des Strassenverkehrsamtes.



Diese Grafik zeigt, wie sich die Schere zwischen Aufwand und Ertrag beim Kanton bis 2017 verstärkt öffnet, wenn die Steuern nicht angehoben werden. Grafik Finanzdepartement

## Staatsvoranschlag 2014 Kanton Schaffhausen

in Millionen Franken	Budget 2014	Budget 2013
<b>Laufende Rechnung</b>		
Aufwand	680,0	664,1
Ertrag	646,5*	640,5
Defizit	33,5	23,6
<b>Investitionsrechnung</b>		
Ausgaben	48,4	46,3
Einnahmen	20,0	15,2
Nettoinvestitionen	28,4	31,1
<b>Finanzierung</b>		
Defizit der Lauf. Rechn.	33,5	23,6
Nettoinvestitionen	28,4	31,1
Finanzierungsbedarf	61,9	54,7
Abschreibungen	18,4	17,3
Finanzierungsfehlbetrag	43,5	37,4
<b>Selbstfinanzierungsgrad</b>	<b>-53,1%</b>	<b>-20,4%</b>

\* In diesem Ertrag ist bereits eine Steuererhöhung um 6 Punkte, also von 112 auf 118 Punkte, einge-rechnet.

Zahlen: Finanzdepartement des Kantons Schaffhausen

Die Zusammenlegung der städtischen und kantonalen Werkhöfe soll vorangetrieben werden, das Aggloprogramm mit den Investitionen in den öffentlichen Verkehr läuft wie geplant weiter.

## Appell an den Kantonsrat

Mit diesem Budget will die Regierung in den Kantonsrat gehen. Rosmarie Widmer Gysel nannte es gestern ein «valables Übergangsbudget», bis dann nach der Analyse des Staatshaushalts die zusätzlichen Sparmassnahmen greifen. Doch was passiert, wenn die Steuererhöhung, gegen die unter anderem die FDP bereits Opposition angemeldet hat, nicht durchkommt? Widmer Gysel: «Der Kantonsrat steht jetzt in der Verantwortung. Lehnt er die Steuererhöhung von 6 Prozent ab, beträgt 2014 das Defizit in der laufenden Rechnung 48,5 Millionen Franken. Wir wissen, dass das Entlastungsprogramm Zeit braucht, aber wir können nicht so lange warten; deshalb die Steuererhöhung.» Geschieht nichts, ist das Eigenkapital des Kantons von aktuell rund 134 Millionen Franken bis 2017 aufgebraucht. Und Regierungsrat Christian Amsler doppelte gestern nach: «Ich hoffe, dass der Kantonsrat die Zeichen der Zeit erkennt und mehr tut, als nur wegen der Steuererhöhung auf die Regierung zu zeigen. Das sage ich auch als Mitglied der FDP.»

# Was die Häftlinge in Rheinau dürfen und was nicht

**Der Mordfall** in Genf wirft Fragen zu den Modalitäten des Gefangenenfreigangs auf. Eine der grössten forensischen Kliniken Mitteleuropas liegt vor unseren Stadttoren.

VON MARK LIEBENBERG

Eine der grössten forensischen Kliniken Mitteleuropas befindet sich im pittoresken Rheinau. Derzeit sind 79 Straftäter im sieben Kilometer vor den Toren Schaffhausens gelegenen Zentrum für stationäre forensische Therapien untergebracht. Auch gefährliche Gewalt- und Sexualstraftäter sind darunter. Unter welchen Voraussetzungen dürfen sich die wegen psychischer Stö-

rungen in Rheinau behandelten Straftäter im und um das Klinikum herum frei bewegen? Aus naheliegenden Gründen lasse man grosse Vorsicht walten im Umgang mit Auskünften zum Sicherheitsdispositiv in Rheinau, lässt die Psychiatrische Universitätsklinik Zürich als Betreiberin der Klinik Rheinau auf Anfrage der SN verlauten. Steffen Lau, Chefarzt des Zentrums, bestätigt lediglich, dass derzeit 27 als besonders gefährlich eingestufte Patienten im Sicherheitstrakt des Zentrums im Rahmen einer Strafvollzugs-massnahme hier betreut werden.

## Freigang im gestuften Verfahren

«Diese Patienten dürfen sich ausschliesslich im gesicherten Innenhof der Klinik bewegen», sagt Lau. Dazu kommen 38 Delinquenten, die in einer geschlossenen Abteilung behandelt werden. Diese dürfen auf begleiteten

oder unbegleiteten Ausgängen das Gelände der Klinik Rheinau verlassen.

Unter welchen Voraussetzungen? «Dem geht ein komplizierter enger Koordinationsprozess zwischen Klinikleitung, Betreuern und den Behörden voraus», sagt Lau. Wenn die störungsbedingte Gefährlichkeit des Häftlings als reduziert genug eingeschätzt werde, könne in einem gestuften Verfahren dem Insassen Freigang gewährt werden. Zunächst in Begleitung des geschulten Personals, später alleine. Lau schätzt, dass derzeit neben den 14 Patienten auf der offenen Abteilung rund zehn Häftlinge regelmässig alleine Spaziergänge machen dürfen.

Dass ein Häftling dabei ausbüxt, «kommt immer mal wieder vor», sagt Lau. Grundsätzlich könne man davon ausgehen, dass ein Patient, der alleine unterwegs sei, sowohl von der Klinikleitung als auch von der einweisenden

Behörde als geringes Sicherheitsrisiko eingestuft worden sei.

## Wer beurteilt die Gefährlichkeit?

Federführend beim gesamten Straf- und Massnahmenvollzug ist somit immer die den Straftäter einweisende kantonale Behörde. Wie Manfred Affolter, Leiter der Abteilung Justizvollzug beim Amt für Justiz und Gemeinden beim Kanton Schaffhausen, bestätigt, ist es der Kanton, der für den Strafvollzug der von seinen Gerichten verurteilten Straftäter sorgen muss und ihn auch berappt. Da im kantonalen Gefängnis in Schaffhausen aus Platzgründen nur kurze Haftstrafen von maximal einem Jahr verbüsst werden können, werden schwerere Fälle in ausserkantonalen Vollzugsanstalten untergebracht. Nur fünf Häftlinge verbüssen aktuell ihre Strafe in Schaffhausen oder warten auf eine Ump Platzierung in eine andere Institution.

«Als einweisende Behörde sind wir in Zusammenarbeit mit der betreffenden Institution für die Ausgestaltung des Straf- oder Massnahmenvollzugs zuständig», erklärt Affolter. Das treffe besonders bei sogenannten Vollzugslockerungen zu, wie Urlaub oder Ausgang oder Umwandlung der Haft in eine Massnahme. Insbesondere ist das kantonale Amt bei Risikobeurteilungen von Häftlingen beteiligt, also der Einschätzung von deren Gefährlichkeit. Zwei verurteilte Sexualstraftäter aus dem Kanton verbüssen derzeit ihre Strafe auswärts. «Und insgesamt sind es derzeit drei verurteilte Straftäter, die als gefährlich eingestuft sind», so Affolter. Alle werden in ausserkantonalen Sicherheitszentren verwahrt, wie zum Beispiel in Pöschwies ZH oder Sennhof GR. Lebenslanglich verwahrte Straftäter betreut das Amt keine. In Rheinau ist derzeit kein Schaffhauser Straftäter untergebracht.